

Direktinvestitionen, Technologietransfer vor allem aus westeuropäischen Staaten und die Einbindung in vorhandene Energie- und Umweltabkommen Westeuropas könnten zweifellos zur ökologischen Modernisierung der osteuropäischen Reformstaaten beitragen. Offen bleibt jedoch die Finanzierung der enormen Investitionen, die z. B. allein zur Modernisierung der Kernkraftwerke notwendig sind. Zu befürchten bleibt auch, daß Umweltschutzaspekte bei anhaltender ökonomischer Stagnation hintangestellt werden.

In einem z. T. formal-theoretischen Beitrag analysiert K. Hirschmann (S. 99–134) die Veränderung der Außenhandelsstruktur und das „technologische catch-up“ in Polen. Dieser Beitrag arbeitet in systematischer Weise die Komponenten für eine entwicklungspolitische Strategie heraus, die sich übergreifend an dem Ansatz des „unbalanced growth“ orientiert: Regionalpolitik, steuerliche und andere Investitionsförderung, technische und personelle Infrastruktur, Forschungs- und Entwicklungs-/Innovationspolitik. Auch hier könnte die ungelöste Frage der Finanzierung aber gut gemeinte Reformen scheitern lassen. Der Appell des Autors an die politischen Entscheidungsträger, nicht nur etwas zu wollen, sondern auch die Konsequenzen der eigenen Handlungen zu akzeptieren, ist daher uneingeschränkt zu unterstützen.

Im Gegensatz zu der oft dominierenden angebotsseitigen Betrachtung des Transformations- und Internalisierungsprozesses der osteuropäischen Reformstaaten unternimmt E. A. Hirschmann (S. 135–156) eine nachfrageorientierte Sicht dieses Prozesses in Polen. Die Mehrheit der polnischen Konsumenten erwartet heute – u. a. aufgrund des Einflusses von Werbung – bei den meisten Gütern westlichen Standard. Einheimische Produzenten versuchen, diesem Wunsch zwar zu entsprechen, können dies jedoch überwiegend nur dort realisieren, wo es sich um technologisch relativ einfache Produkte handelt und/oder das Produktions-Know-how weitgehend standardisiert ist. Offen bleibt an dieser Stelle, welche Auswirkungen ein solches Nachfrageverhalten auf die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen hat. Um diese Frage zu beantworten, müßten nachfrage- und angebotsseitige Faktoren verknüpft werden.

V. Friedrich (S. 157–171) analysiert theoretische Aspekte der Humankapitalbildung am Beispiel Polens. Investitionen in Humankapital erscheinen aus dieser Sicht als grundlegende Voraussetzung für eine zukünftig erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung überhaupt. Obwohl die Qualität des Humankapitals in Polen als vergleichsweise gut eingestuft wird, muß der Anteil an Exportgütern, zu deren Produktion relativ viel Humankapital eingesetzt werden muß, als vergleichsweise gering betrachtet werden. Es fehlen zur Zeit noch die zur Ausschöpfung des Humankapitalbestandes notwendigen Realinvestitionen und die Erneuerung der Produktionsanlagen, u. a. durch ausländische Direktinvestitionen. Der Beitrag verweist damit auf die wichtige Komplementarität/Substitutionalität von Human- und Sachkapital, ohne jedoch auf dem gegenwärtigen Forschungsstand schon zufriedenstellende Antworten geben zu können.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Sammelband um einen äußerst interessanten Beitrag zu Aspekten des ökonomischen Internalisierungsprozesses der osteuropäischen Reformstaaten, die bisher nicht detailliert genug untersucht worden sind. Es werden zahlreiche Anregungen für weitergehende Analysen gegeben, denen in der zukünftigen ökonomischen Forschung größere Beachtung geschenkt werden sollte.

Bonn

Reiner Clement

Genossenschaften in Osteuropa – Alternative zur Planwirtschaft? Hrsg. von Erwin Oberländer, Hans Lemberg und Holm Sundhaussen. (Schriftenreihe der Akademie Deutscher Genossenschaften Schloß Montabaur, Bd. 10.) Deutscher Genossenschafts-Verlag. Wiesbaden 1993. 158 S., DM 26,17.

Die ehemals planwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften Osteuropas befinden sich zur Zeit in einem komplizierten und voraussichtlich langwierigen Übergang zur

Marktwirtschaft. Genossenschaften werden heute in vielen Ländern dieser Region als ein wichtiger Bestandteil dieses Übergangs diskutiert. Auf Einladung des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Mainz und der Fachkommission für Zeitgeschichte des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates zu Marburg trafen sich vom 19.–23. November 1990 über dreißig Fachleute in der Akademie Deutscher Genossenschaften in Montabaur, um über die Geschichte und die Perspektiven der Genossenschaften in Osteuropa zu diskutieren. Die insgesamt fünfzehn Referate, die auf dieser Tagung gehalten wurden, enthält der vorgelegte Tagungsband.

In seiner Einführung verweist Holm Sundhaussen (S. 5–12) auf den vielleicht wichtigsten Punkt im gesamten Transformationsprozeß der osteuropäischen Staaten: Die Existenz marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen garantiert noch keine funktionsfähige und effiziente Marktwirtschaft. Marktwirtschaft muß und will in der Tat gelernt sein. Dieser Prozeß ist schmerzhaft und läßt sich möglicherweise durch die vielfältigen Formen genossenschaftlicher Kooperation erleichtern. Wilhelm Jäger (S. 13–22) stellt in seinem ordnungspolitisch ausgerichteten Beitrag aber zu Recht heraus, daß Genossenschaften unabhängig von ihrer konkreten Ausprägung nicht als Alternative zur Planwirtschaft, sondern vielmehr als Element zur Stabilisierung des Übergangs zur Marktwirtschaft betrachtet werden müssen. Genossenschaften sind damit realistischerweise auch kein „dritter Weg“ zwischen Plan- und Marktwirtschaft.

Im historischen Teil des Tagungsbandes wird die Entwicklung der Genossenschaften in Osteuropa bis zum Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet. Richard Lorenz (S. 23–40) analysiert die eher nationalistische und soziale Rolle der Genossenschaften bei der Herausbildung der „Agrardemokratie“ in Osteuropa. Die Genossenschaftsbewegung in Lettland wird von Martins Bumanis (S. 41–48), die genossenschaftliche Tradition in den böhmischen Ländern und der Tschechoslowakei von Andreas Reich (S. 49–62) und die Geschichte der Genossenschaften in den jugoslawischen Ländern von Janine Calic (S. 63–78) nachgezeichnet. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der bulgarischen Genossenschaften wird von Nikolai Poppetrov (S. 79–85) untersucht, und die Genossenschaftspolitik des Bulgarischen Bauernverbandes in den Jahren 1919–1923 bildet den Rahmen für den Beitrag von Elisabeth Kotsch (S. 86–94). Es bleibt allerdings offen, warum gerade die Entwicklung des Genossenschaftswesens in den genannten Ländern einer genaueren Betrachtung unterzogen wird und andere, mindestens ebenso wichtige Länder Osteuropas (z. B. Polen und Ungarn) unberücksichtigt bleiben. Insgesamt wird in den Beiträgen aber deutlich, daß die Genossenschaften vor allem in der Landwirtschaft und bei der Herausbildung von Klein- und Mittelbetrieben bis zum Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle bei der ökonomischen Modernisierung der osteuropäischen Länder gespielt haben. Darüber hinaus haben die Genossenschaften gegen Ende des 19. Jhs. aber auch eine nicht zu unterschätzende Trägerfunktion für nationale Bewegungen eingenommen. Diese Funktion als Träger nationaler Bewegungen oder sozialstaatlicher Aufgaben erscheint für die Genossenschaften wenig zukunftsweisend.

Der eher gegenwartsbezogene Teil der Tagung rückt daher vollkommen zu Recht die ökonomische Funktion der Genossenschaften in den Mittelpunkt der Analyse. Hans-H. Münkner (S. 95–106) kommt in seinem auf Entwicklungsländer abgestellten Beitrag zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß für Zwecke der staatlichen Entwicklungspolitik umfunktionierte und staatlich kontrollierte Genossenschaften nicht auf aktive Beteiligung ihrer Mitglieder und Eigenfinanzierung durch ihre Mitglieder zählen können. Dieses Ergebnis dürfte nicht nur für die Entwicklungsländer Asiens und Afrikas, sondern mit Einschränkungen ebenso für die osteuropäischen Staaten gelten. Reinhard Peterhoff (S. 107–113) zeigt denn auch auf, daß die Erfahrungen mit den in das administrativ zentrale Planungssystem eingebundenen Zwangsgenossen-

schaften die genossenschaftliche Idee in den osteuropäischen Ländern vorerst diskreditiert hat. Diese Erfahrungen haben u. a. auch das Verhältnis von Kolchosen und Genossenschaften nachhaltig belastet, wie Antanas Poviliunas (S. 114–119) am Beispiel Litauens deutlich macht. Angesichts der überkommenen Vorbehalte gegen die ehemals planwirtschaftlichen Formen von Genossenschaften bedarf es einer grundlegenden Reform des gesamten Genossenschaftswesens. Die allgemeinen Grundsätze einer solchen Reform in Polen werden von Tadeusz Kowalak (S. 120–128) aufgezeigt. Josef Toman (S. 129–135) stellt neue Formen und Methoden der Genossenschaftsarbeit in der ehemaligen Tschechoslowakei dar. Entwicklungstendenzen der bulgarischen Genossenschaften werden von Tode Todev (S. 136–147) beschrieben. Rolf Steding (S. 148–155) zeigt am Beispiel der früheren DDR auf, welchen schmerzhaften Prozeß der Strukturanpassung die Genossenschaften bei einem radikalen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft durchlaufen müssen. Dieser Prozeß ist aber wohl als Sonderfall zu betrachten, da sich der Übergang in den osteuropäischen Ländern nicht mit der gleichen Geschwindigkeit und Intensität vollzieht.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage, ob Genossenschaften in Osteuropa heute eine ähnliche Funktion ausfüllen könnten wie in Mittel- und Westeuropa während des vorherigen Jahrhunderts. Diese Frage bleibt weitgehend unbeantwortet. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ein zusammenfassender Beitrag über die Perspektiven der Genossenschaften in Osteuropa und über Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zur Ausgangssituation in Westeuropa fehlen. Ungeachtet dessen enthält der Tagungsband eine Fülle von nützlichen Informationen, um die Rolle der Genossenschaften beim schwierigen Übergang der osteuropäischen Länder von der Plan- zur Marktwirtschaft besser einschätzen und verstehen zu können.

Bonn

Reiner Clement

Niemcy w polityce międzynarodowej 1919–1939. Tom I: Era Stresemanna. [Deutschland in der internationalen Politik 1919–1939. Bd. 1: Die Ära Stresemann.] Praca zbiorowa pod red. Stanisława Sierpowskiego. (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria historia, Nr. 155.) Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Poznań 1990. 392 S., deutsches Inhaltsverzeichnis.

Die vorliegende Aufsatzsammlung bildet laut Vorwort von Antoni Czubiński den Auftakt zu einer auf drei Teile angelegten umfassenden Gesamtuntersuchung der Stellung Deutschlands im internationalen Staatensystem der Zwischenkriegszeit. Ausgehend von der im ersten Band als „Ära Stresemann“ bezeichneten Zeit von 1919 bis 1929, die genaugenommen erst mit dessen Amtsantritt im August 1923 begann, ist in zwei weiteren Bänden eine intensive Beleuchtung der Jahre 1929 bis 1935 sowie 1938/39 geplant. Wie der Einleitung des Herausgebers Stanisław Sierpowski zu entnehmen ist, ging die vorliegende Studie aus einer Kompilation von etwa 20 nachträglich kommentierten Einzelreferaten hervor, die großteils von namhaften polnischen Historikern im Rahmen eines Symposiums an der Adam-Mickiewicz-Universität Posen im September 1986 gehalten wurden. Ziel sollte es nach S. sein, die bisherige historische Einordnung der Weimarer Außenpolitik seitens der britischen, französischen und westdeutschen Geschichtsschreibung methodisch in mehrfacher Hinsicht zu ergänzen und damit gleichsam auf eine neue Interpretationsebene zu stellen. Behutsam wird in diesem Zusammenhang auch die traditionelle polnische Historiographie kritisiert, die die „imperialistischen“ Bestrebungen des Deutschen Reiches nach 1918 zu sehr auf dessen „Drang nach Osten“ verengt und dabei den Norden und den Süden ungenügend berücksichtigt habe. Die abschließende Bemerkung zum forschungsspezifischen Neu-